

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Stefan Huth  
05.03.2020

## «Wir wollen Mauern einreißen»

*Ein Gespräch mit Wu Ken, Botschafter Chinas in Deutschland. Über den Stand der deutsch-chinesischen Beziehungen, die Anstrengungen der Volksrepublik, das neuartige Corona-Virus einzudämmen und den sozialistischen Aufbau in seinem Land (Teil 1)*



Gabriele Senft

*S.E. Wu Ken, seit März 2019 Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik, im jW-Interview in der Vertretung der Volksrepublik in Berlin-Mitte*

Teil 2 des Gesprächs erscheint in der Ausgabe vom 5. März der jungen Welt.

Nach einer diplomatischen Ausbildung und verschiedenen beruflichen Stationen in Ihrem Heimatland waren Sie nach-einander Botschafter der Volksrepublik China in Österreich,

in der Schweiz und in den Niederlanden. Seit März 2019 üben Sie dieses Amt in der Bundesrepublik aus. Entsprach es Ihrem Wunsch, die Stelle in Berlin anzutreten?

Berlin ist der Ausgangspunkt meiner diplomatischen Laufbahn. Ab Februar 1990 war ich als junger Diplomat mehr als ein Jahr lang in Berlin tätig. Nach der Wiedervereinigung arbeitete ich dann noch einmal über zwei Jahre in der chinesischen Botschaft in Bonn. Ich freue mich sehr, nach fast 30 Jahren wieder hier an diesem vertrauten Ort wirken zu können. Das Amt des Botschafters der Volksrepublik China in Deutschland empfinde ich als einen ehrenvollen Auftrag. Selbstverständlich ist er auch mit einer großen Verantwortung verbunden.

Sie haben 1987/88 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main studiert und sprechen sehr gut Deutsch. Was vor allem verbinden Sie mit der deutschen Kultur?

Zugang zur deutschen Sprache hat mir Jörn Jansen aus Berlin verschafft. Er war überhaupt der erste Deutsche, mit dem ich intensiver in Kontakt kam. Er wurde später Bürgermeister im Bezirk Tiergarten. Ich stamme aus Changsha und habe von 1981 bis 1985 an der Universität Wuhan Germanistik studiert – in jener Stadt also, die jetzt so schwer von der Coronavirus-Epidemie betroffen ist. Ich habe damals viele Werke deutscher Autoren kennengelernt, auch einiges von Goethe. Begeistert war ich von »Die Leiden des jungen Werthers«. Die Lektüre der Klassiker der deutschen Literatur hat mein Leben sehr bereichert.

Während meines Studiums war Herr Jansen drei Jahre lang mein Deutschlehrer. Er hat mir ein Fenster zum Verständnis der deutschen Kultur geöffnet, und wir stehen heute noch in Verbindung. Insbesondere lehrte er mich, anderen Ländern und Völkern objektiv, respektvoll und tolerant zu begegnen. Diese Herangehensweise ist mir als erster Eindruck von der deutschen Kultur tief im Gedächtnis geblieben. Wobei die Umsetzung dieses Anspruchs natürlich leichter gesagt ist als getan.

In Frankfurt am Main haben Sie ein Aufbaustudium mit dem Schwerpunkt »Marktwirtschaft« absolviert ...

China befand sich zu dieser Zeit gerade am Anfang der Reform- und Öffnungspolitik. Insofern brauchte das Land junge Leute, die sich mit diesem Thema beschäftigten. Unsere damalige Regierung hatte mit der Bundesregierung unter der Leitung von Helmut Kohl vereinbart, eine Gruppe von jungen Leuten zu diesem Zweck nach Deutschland zu schicken. Ich war einer von ihnen. Das war wirklich eine sehr gute Gelegenheit für mich,

neben der fachlichen Qualifikation auch tiefere Kenntnisse der deutschen Kultur zu erwerben.

An chinesischen Hochschulen, hört man, können viele Studenten etwas mit dem Namen Johann Wolfgang von Goethe anfangen, auch wird an dortigen Universitäten zum Werk des Dichters geforscht. Umgekehrt sind hierzulande leider nur sehr wenige Menschen mit klassischer chinesischer Literatur, den Werken Li Bais etwa, vertraut. Was empfinden Sie angesichts dieses Missverhältnisses?

Was Sie hier ansprechen, hat eigentlich etwas mit einem »Wahrnehmungsdefizit« zu tun. Vor einigen Jahren haben das German Institute of Global and Area Studies, GIGA, die Universität Duisburg-Essen und das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid gemeinsam eine Studie durchgeführt. Dabei kam heraus, dass Deutsche und Chinesen über das jeweils andere Land unterschiedlich gut informiert waren. Die Deutschen wussten weit weniger über China als umgekehrt.

Mittlerweile ist China in der deutschen Medienberichterstattung zwar ein großes Thema, doch leider liegt der Fokus allein auf aktuellen Brennpunktthemen. Woran es hingegen mangelt, sind umfassende, objektive und tiefgreifende Darstellungen und Analysen. Teils kommt es sogar zu Verzerrungen. All dies ist sehr bedauerlich, denn es zeigt, dass sich an besagtem Wahrnehmungsdefizit bis heute nichts Wesentliches geändert hat.

Viele Deutsche berichten mir nach ihrem ersten China-Besuch, dass das, was sie selbst gesehen haben, sich so gar nicht mit dem China-Bild der Medien und ihren bisherigen Vorstellungen in Einklang bringen lässt. Man sagt, der Schlüssel zur Diplomatie liege in der Verbindung der Völker. Ich betone deshalb immer wieder, dass sich unsere beiden Länder gemeinsam dafür einsetzen sollten, einander noch besser kennenzulernen und zu verstehen sowie die Völkerfreundschaft zu festigen.

Welchen Stellenwert hat die Vermittlung chinesischer Kultur im Rahmen Ihrer Botschaftertätigkeit in Berlin?

In den letzten Jahren hat es einen sehr fruchtbaren kulturellen Austausch zwischen China und Deutschland gegeben. Derzeit studieren und forschen in Deutschland etwa 60.000 Bürgerinnen und Bürger der Volksrepublik. Auf der anderen Seite studieren mehr als 8.000 Deutsche in unserem Land. Es gibt in der Bundesrepublik 19 Konfuzius-Institute, und an insgesamt mehr als 300 Grund-, Mittel- und auch Berufsschulen wird mittlerweile Chinesisch unterrichtet.

Das Konfuzius-Institut Stralsund hat mit Fachinstitutionen vor Ort erfolgreich eine Kooperation auf die Beine gestellt, so dass erstmals hochwertige Arzneien der Traditionellen Chinesischen Medizin, TCM, ihren Weg in deutsche Apotheken gefunden haben. Die deutsche Neuübersetzung des Romans »Die Reise in den Westen« (verfasst von Wu Cheng'en in der Zeit der Ming-Dynastie im 16. Jahrhundert, jW) – einer der vier großen literarischen Klassiker Chinas – wurde innerhalb von zwei Jahren fünfmal nachgedruckt. Vor gut zwei Monaten feierte in Berlin die als Peking-Oper inszenierte Fassung von »Der Ring des Nibelungen« Premiere, eine erfolgreiche Innovation der chinesisch-deutschen Theaterzusammenarbeit. Als Botschafter Chinas setze ich mich kontinuierlich für den kulturellen Austausch zwischen unseren Ländern ein.

Ihr Dienstbeginn in Deutschland fiel in eine Phase angespannter wirtschaftlicher Beziehungen westlicher Staaten zu China, die bis heute anhält. Insbesondere der Handelsstreit mit den USA – ausgelöst durch »Strafzölle« und andere protektionistische Maßnahmen Washingtons – hat zu internationalen Konflikten geführt, die auch die deutsch-chinesischen Beziehungen berühren.

Beijing hält das Prinzip des Freihandels hoch, Staats- und Parteichef Xi Jinping trat auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2017 als entschiedener Verteidiger der Globalisierung auf. Kritiker hingegen wenden ein, freier Handel nütze nur den Starken und schade den Schwachen. Es gab hierzulande eine starke Bewegung gegen das – letztlich gescheiterte – Freihandelsabkommen TTIP, das vor allem Konzernen und mächtigen Monopolgruppen beste Profite garantiert hätte. Warum ist Freihandel in Ihren Augen eine gute Sache?

Der Freihandel fördert die internationale Arbeitsteilung sowie die optimale Verteilung von Ressourcen. Das trägt zur Steigerung des allgemeinen Wohlstandes aller Länder bei. Die Bertelsmann-Stiftung hat in einer Studie die Handelsströme von 164 Mitgliedern und 16 Nichtmitgliedern der Welthandelsorganisation, WTO, verglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten Länder vom WTO-Beitritt profitiert haben.

Sorge bereitet uns, dass derzeit Protektionismus und Unilateralismus im Aufwind sind. Das stellt das freie und offene internationale Handelssystem vor nie dagewesene Herausforderungen. Instabilität und Unsicherheit in der Weltwirtschaft nehmen zu.

Christine Lagarde, die ehemalige Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, schätzt: Sollten die USA tatsächlich Zölle in Kraft setzen, im Umfang wie von Präsident Trump angedroht, würde die globale Wirtschaft um 0,5 Prozent schrumpfen. Das käme einem Rückgang der weltweiten Gesamtwirtschaftsleistung um 455 Milliarden US-Dollar gleich, was das Bruttoinlandsprodukt Südafrikas übertrifft. Der in Genf lehrende Handelsökonom Richard Baldwin hat meiner Ansicht nach den Nagel auf den Kopf getroffen. Er sagt: Wir befinden uns bereits in einem Handelskrieg »Amerika gegen den Rest der Welt«.

Im Januar haben sich China und die USA auf Augenhöhe und respektvoll auf die erste Phase eines Handelsabkommens geeinigt. Dies wird dazu beitragen, globale Handelsspannungen abzubauen, Unsicherheiten auf den Märkten zu beseitigen und die stabile und gesunde Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen insgesamt fortzusetzen. Es nützt also China, den Vereinigten Staaten und damit letztlich der ganzen Welt. In einem nächsten Schritt ist es nun wichtig, dass beide Seiten die Inhalte des Abkommens gut umsetzen und mehr für die Entwicklung der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und die globale wirtschaftliche und finanzielle Stabilität tun. Ziel muss es sein, Frieden und Wohlstand in der Welt zu sichern.

Ein Problem ist allerdings, dass die US-Politik unter Donald Trump immer unberechenbarer geworden ist. Was Folgen hat für alle Staaten, auch für Deutschland. Ich hoffe dennoch, dass die USA den Inhalt dieser ersten Phase des Handelsabkommens so wie wir in die Tat umsetzen werden.

Sowohl China als auch Deutschland sind einflussreiche Länder mit großem internationalen Gewicht. Was den Schutz von Multilateralismus und Freihandel angeht, haben wir deshalb große Interessenschnittmengen. Wir sind bereit, mit Deutschland einen gemeinsamen Weg einzuschlagen und werden auch in Zukunft Hände reichen, statt loszulassen, Mauern einreißen, statt neue zu errichten. China hält am multilateralen Handelssystem mit der WTO als Herzstück fest.

Die »Belt and Road Initiative«, BRI, umfasst auch Projekte in der Bundesrepublik. So kommen in Duisburg jede Woche Dutzende Güterzüge aus China an. Inwiefern profitiert diese oder profitieren andere Regionen hierzulande von der »Neuen Seidenstraße«? Auf welchen Prinzipien basiert die ökonomische Zusammenarbeit?

Der Fokus der BRI liegt auf der Verbesserung von Vernetzung und Austausch sowie der Vertiefung der praktischen Zusammenarbeit. Es gilt die goldene Regel »Mitdiskutieren,

Mitgestalten, Mitprofitieren«, die Prinzipien Offenheit, Umweltfreundlichkeit und Transparenz bilden die Basis. China zielt im Rahmen der Initiative auf hohe Standards, greifbare Vorteile für die Menschen und umfassende Nachhaltigkeit.

Bis Ende Januar dieses Jahres haben rund 170 Länder und internationale Organisationen über 200 Kooperationsabkommen zum gemeinsamen Aufbau der Neuen Seidenstraße unterzeichnet. Die Ideen und Vorschläge zur Zusammenarbeit im Rahmen der Initiative haben Eingang in die Dokumente wichtiger internationaler Organisationen wie der UNO und der G20 gefunden. Laut einem Bericht der Weltbank wird die Zusammenarbeit im Rahmen der Seidenstraße den Zeitaufwand für Logistik in den beteiligten Ländern um zwölf Prozent reduzieren, ihnen ein Handelswachstum zwischen 2,8 und 9,7 Prozent bescheren und 7,6 Millionen Menschen aus extremer Armut befreien. Die Fakten belegen: Die Neue Seidenstraße ist keineswegs eine Schuldenfalle, ganz im Gegenteil. Sie hilft vielen Ländern, sich aus der »Entwicklungsfalle« zu befreien.

China und Deutschland haben schon früh begonnen, im Rahmen der Initiative zusammenzuarbeiten. Die Kooperation ist solide und zeigt gute Perspektiven. Der China-Europa-Güter-zugexpress, CRI, ist zweifelsohne das erfolgreichste Projekt, mit dem China und Deutschland sich über die Neue Seidenstraße verbinden. Während seines Deutschlandbesuchs im März 2014 reiste Staatspräsident Xi Jinping eigens zum Duisburger Hafen, um die Ankunft des China-Europa-Expresses mitzerleben. Gegenwärtig werden dort fast 30 Prozent des Güterumschlags dieser Zugverbindung abgewickelt, und es verkehren wöchentlich etwa 35 bis 40 Züge zwischen Duisburg und China. Dank der kräftigen Entwicklung der neuen Schienenverbindung ist auch die Zahl chinesischer Unternehmen, die in Duisburg investieren, gestiegen – von 40 im Jahr 2014 auf heute mehr als 100. Statistiken zeigen: Allein im Bereich Logistik hat der China-Europa-Express in Duisburg Tausende Arbeitsplätze geschaffen.

Aber nicht nur die Stadt Duisburg profitiert. Vergangenes Jahr bekräftigte Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem Besuch des Hamburger Hafens Chinas wichtige Rolle für dessen Entwicklung. Das Beispiel Hamburg, so Merkel, verdeutliche sehr gut, wie sich die Belt and Road Initiative künftig noch besser umsetzen lasse. Zugleich ist Deutschland auch Gründungsmitglied der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank, AIIB, sowie ihr größter ausländischer Investor. Eine Reihe deutscher Großunternehmen, darunter die Deutsche Bank, Siemens, Voith, BMW und DHL, ist ebenfalls in unterschiedlichem Maße an der Initiative beteiligt und profitiert von Kooperation und Logistikaufbau. Zudem

eröffnen sich für China und Deutschland auch breite Perspektiven im Bereich der Drittmarktkooperation mit anderen Seidenstraßenländern. Die Neue Seidenstraße wird unseren beiden Ländern noch mehr Chancen und Wohlstand bringen.

Die BRI verbindet riesige Gebiete, nicht nur in Eurasien, auch in der pazifischen Inselwelt und in Teilen Afrikas. In der Geschichte der Menschheit dürfte es nichts Vergleichbares geben. Verschiebt sich Ihrer Ansicht nach das weltpolitische Zentrum nach Osten, oder, anders gefragt, ist ein Ende des »amerikanischen Zeitalters« absehbar?

Die Welt erlebt derzeit einen Jahrhundertwandel. Angesichts globaler Herausforderungen kann sich kein Land einfach aus der Affäre ziehen oder nur auf das eigene Wohl schauen. Auch absolute Sicherheit ist für einzelne Länder nicht im Alleingang erreichbar. Vor diesem Hintergrund plädiert China für neuartige internationale Beziehungen, die geprägt sind von Respekt, Fairness, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit zu wechselseitigem Vorteil. Wir wollen gemeinsam eine Schicksalsgemeinschaft der Menschheit aufbauen, ein Vorschlag, der von immer mehr Ländern geschätzt und anerkannt wird.

In diesem Jahr feiern die Vereinten Nationen ihr 75jähriges Bestehen. China ist der zweitgrößte Beitragszahler der UNO und entsendet unter den fünf Ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates die meisten UN-Friedenstruppen. Unser Land übernimmt also aktiv internationale Verantwortung und die seinen Fähigkeiten entsprechenden Verpflichtungen. Wir halten konsequent am internationalen System mit den Vereinten Nationen als Herzstück, an der internationalen völkerrechtlichen Ordnung und am multilateralen Handelssystem fest. Auch setzen wir uns gemeinsam mit allen Seiten für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens ein. Wir sind bereit, mit allen Ländern der Welt, einschließlich Deutschland, zusammenzuarbeiten, um die helle Fackel des Multilateralismus hochzuhalten und die dunklen Wolken des Unilateralismus zu vertreiben. Wir möchten, dass alle Länder unter einem hellen und klaren Himmel der Ruhe und des Friedens gemeinsam prosperieren können.

Verglichen mit China ist die Bundesrepublik in mancherlei Hinsicht ein digitales Entwicklungsland. Nun gibt es Vorbehalte gegen Technologie von Huawei, soll der chinesische Hersteller vom EU-Markt ausgeschlossen werden. Sie haben jüngst Gegenmaßnahmen in Aussicht gestellt. Droht nun bald auch ein deutsch-chinesischer Handelskrieg?

In den mehr als 40 Jahren seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik war die Zusammenarbeit zum beiderseitigen Vorteil stets Hauptthema und allgemeine Stoßrichtung. Sie hat unseren Ländern und Völkern greifbare Vorteile gebracht. Der Austausch auf hoher Ebene wird immer enger. In den letzten Jahren stattete Staatspräsident Xi Jinping der Bundesrepublik zwei Staatsbesuche ab, Premierminister Li Keqiang besuchte Deutschland viermal. Bundeskanzlerin Angela Merkel reiste im vergangenen Jahr bereits zum zwölften Mal nach China. Im Februar kam auch Chinas Staatsrat und Außenminister Wang Yi in die Bundesrepublik. Er nahm an der fünften Runde des Strategischen Dialogs beider Länder über Außen- und Sicherheitsangelegenheiten sowie an der Münchner Sicherheitskonferenz teil.

Im Jahr 2019 betrug das Handelsvolumen zwischen China und Deutschland über 200 Milliarden US-Dollar. China ist das vierte Jahr in Folge Deutschlands größter Handelspartner. Deutschen Berechnungen zufolge schafft der Export nach China unmittelbar rund 900.000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik.

In einer Zeit, in der die Volksrepublik ihre Märkte weiter öffnet, sich die chinesisch-deutsche Zusammenarbeit vertieft und deutsche Unternehmen eine Menge Geld in China verdienen, erregt dennoch die Diskussion um einen möglichen Ausschluss Huaweis vom Aufbau des deutschen 5G-Netzes zunehmende Aufmerksamkeit. Ich möchte diesbezüglich einige Punkte betonen:

Erstens: Huawei ist ein rein privates Unternehmen. Beijing hat keinen Cent in Huawei investiert. Dessen Verhältnis zur chinesischen Regierung ist nicht enger als das privater Unternehmen anderer Länder zu ihren Regierungen. Die Behauptung, Huawei stünde in irgendeiner engen Verbindung mit Regierung und Partei, entbehrt jeder faktischen Grundlage.

Zweitens: In China gibt es kein einziges Gesetz, das von Unternehmen verlangt, im Ausland Daten zu sammeln, geschweige denn über vorinstallierte Hintertüren oder andere Wege ausländische Daten zu speichern und anschließend an heimische Nachrichtendienste zu übermitteln. Die Behauptung, chinesische Unternehmen seien hierzu rechtlich verpflichtet, ist schlicht und einfach eine Fehlinterpretation chinesischer Gesetze. Chinas Regierung fordert seit jeher von allen chinesischen Unternehmen im Ausland die lokalen Gesetze und Vorschriften strikt einzuhalten. An dieser Position hat sich nichts geändert, und daran wird sich auch nichts ändern.

Drittens: Die Sicherheitsfrage ist für die USA ganz offenkundig nur ein fadenscheiniger Vorwand, um Huawei Repressionen und Sanktionen auszusetzen. Den Amerikanern ist der technologische Erfolg chinesischer Unternehmen ein Dorn im Auge. Noch weniger können sie akzeptieren, dass China ihnen in manchen High-Tech-Bereichen mittlerweile den Rang abgelaufen hat. Das ist doch letztlich die Realität.

Als Botschafter Chinas geht es mir keineswegs darum, Huawei mehr Marktanteile zu sichern. Ich wünsche mir ganz einfach, dass die Bundesregierung chinesischen Unternehmen in Deutschland ein faires, gerechtes, offenes und transparentes Marktumfeld bietet. Sollte die Bundesregierung Huawei aus politischen Erwägungen vom deutschen 5G-Aufbau ausschließen, wäre dies Protektionismus und damit ein falsches Signal. Das liefe nicht nur Deutschlands eigenen Interesse zuwider, sondern auch dem gemeinsamen Bekenntnis unserer beiden Länder zur Verteidigung von Multilateralismus und Freihandel.

Ich bin nun bald ein Jahr als Botschafter im Amt. In dieser Zeit habe ich deutsche Regierungsvertreter und Parlamentarier, Wirtschaftsvertreter und Kulturschaffende, Dozenten, Wissenschaftler und Medienvertreter sowie Persönlichkeiten aus allen Gesellschaftsbereichen kennengelernt. In diesen persönlichen Begegnungen habe ich eine nie dagewesene Wertschätzung für China verspürt sowie den starken Wunsch meiner Gesprächspartner, die Zusammenarbeit mit China weiter zu vertiefen. In diesem Jahr steht für China und Deutschland sowie auch für China und die EU eine Reihe wichtiger politischer Themen auf der gemeinsamen Agenda. Auf der fünften Runde des chinesisch-deutschen strategischen Dialogs über diplomatische und sicherheitspolitische Angelegenheiten Mitte Februar sind beide Außenminister zu einem Vier-Punkte-Konsens gekommen. Der erste Punkt lautet, die gemeinsamen Interessen zwischen China und Deutschland seien viel größer als ihre Meinungsverschiedenheiten. Ich glaube, solange wir gemeinsam an den Grundprinzipien der internationalen Beziehungen wie gegenseitigem Respekt und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder festhalten, solange wir den Dialog stärken, unser gegenseitiges Vertrauen vertiefen, mit Differenzen richtig umgehen und die Kern-interessen des Gegenübers berücksichtigen, können wir die gesunde und stabile Entwicklung unserer bilateralen Beziehungen sichern und fördern. Und so haben wir auch die Chance, die Beziehungen zwischen China und der EU auf eine neue Ebene zu heben.

Das Gespräch führte Stefan Huth 04.03.2020